

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 9

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

meinsam mit ihm die Diktate der Pariser Vorortsverträge hinnehmen müssen, haben sich jahrzehntelang in ihrem verletzten Rechtsbewußtsein mit ihm verbunden gefühlt, andererseits hat das erstarkte Industrie-Deutschland den Großteil der Agrarproduktion aufgekauft und sich so zum ersten Käufer und Verkäufer dieser Völker vorgeschoben. Und doch wissen sie, welche Dynamik hinter diesen freundschaftlichen Taten verborgen ist, die auch ihnen, sollten die Realitäten es verlangen, verhängnisvoll werden kann. Aber man darf nicht vergessen, daß die Intelligenz dieser Völker in Deutschland studiert hat und die Art der modernen Politik kennt. Sie wissen, daß die Erfolge Deutschlands schlußendlich doch nur so zu erklären sind, daß eben die gegenwärtigen Realitäten die Richtung der deutschen Politik beeinflussen. Und so gibt es für Mazedonien auch hier nur eines: diese Realitäten rechtzeitig zu erkennen und sich keinen Illusionen über den Willen der andern hinzugeben.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

„Die Schweiz den Schweizern!“ / Von der Not des gewerblichen Mittelstandes, wo sie anfängt und aufhört. / Die finanzielle Übergangsordnung. / „Die chiropraktische Heilmethode“ — ist sie zuzulassen?

Es muß auffallen, daß eigentlich erst heute die seit mehreren Jahren schon vorliegenden Ergebnisse der Volkszählung von 1930 ausgewertet werden. Jetzt liest man in allen Zeitungen: „Die Wohnbevölkerung der Schweiz betrug am 1. Dezember 1930 insgesamt 4 066 400 Personen. Davon waren 3 710 878 Schweizer und 355 522 Ausländer. Das macht ca. 9 Prozent fremde Staatsangehörige.“ Während diese und frühere — noch schwerer wiegende — Feststellungen der Überfremdung wohl bekannt und bedacht wurden, aber keine sehr weit gehenden Maßnahmen auslösten, so ist eben das Ausländertum in der Schweiz heute zu einem Problem geworden, bei dem auch die Volkszählungsziffern auf einmal neue Bedeutung erlangen. Wir werden auf einmal nachdenklicher, wenn man uns vorrechnet, daß die Schweiz in höherem Maße überfremdet ist als irgend ein anderer Staat, daß von den 2 054 296 erwerbstätigen Personen nicht weniger als 219 315 Ausländer sind, daß es bei uns auf jeden der 100 000 allwinterlichen Arbeitslosen zwei vollbeschäftigte Ausländer trifft. Die Überfremdung stellt eben in der heutigen Zeit ein wirtschaftliches Problem dar. Darüber hinaus bewegt sie uns aber auch als ein politisches, nachdem sich die Ausländer bei uns politisch stärker organisiert haben, und als ein nationales, nachdem wir sehen, wie Eidgenossen durch die Erwerbslosigkeit zur Auswanderung gezwungen werden, während sich gleichzeitig massenhaft Ausländer durch Einbürgerung unserem Volkstum anschließen können. Allgemein geht die Befürchtung dahin, daß die Überfremdung zu einer Verdrängung der Schweizer von den Arbeitsgelegenheiten, zu einer Schwächung und zu einer Denaturierung der Nation führe. Diese erschreckenden Gedanken haben bereits auch einer Wehr für das Schweizertum gerufen, die als „Schuß- und Trutzaktion“ unter der Parole „Die Schweiz den Schweizern!“ unseren Landsleuten wieder

mehr Platz und Recht in der Heimat verschaffen möchte. Als Hauptziele dieser sympathischen Bewegung nennt ihr Leiter Dr. J. Lorenz vom „Aufgebot“: Nationalisierung des Arbeitsmarktes, normale Arbeitsbeschaffung für Schweizerbürger und Pflege des einheimischen Gedankengutes.

In die heutige bedenkliche Situation sind wir durch den allzu optimistischen Liberalismus des letzten Jahrhunderts hineingeritten worden. Die zurückhaltende Fremdenpolizei der Stände hatte den Niederlassungsbestimmungen des Bundes weichen müssen, die in zahlreichen Verträgen mit auswärtigen Staaten festgelegt wurden. Welch große Ausdehnung gewann damit die Bundeskompetenz, die anno 1836 noch Mühe gehabt hatte, das sog. „Fremdenkonkklusum“, d. h. Maßnahmen gegen ausländische politische Störefriede, die das Wahlrecht beanspruchten, durchzubringen! Dem innerpolitischen Denken entsprechend hatte die im Bunde herrschende Partei keine Bedenken, die Gleichbehandlung aller Schweizerbürger nach Tunlichkeit auch auf Ausländer auszudehnen und diesen Tür und Tor zu öffnen. So kamen Niederlassungsverträge zu Stande wie etwa derjenige mit dem Deutschen Reich vom Jahre 1890, welcher in Art. 1 typisch lautet: „Die Deutschen sind in jedem Kantone der Eidgenossenschaft in Bezug auf Person und Eigentum auf dem nämlichen Fuße und auf die nämliche Weise aufzunehmen und zu behandeln, wie es die Angehörigen der anderen Kantone sind oder noch werden sollten . . . Jede Art von Gewerbe und Handel, welche den Angehörigen der verschiedenen Kantone erlaubt ist, wird es in gleicher Weise auch den Deutschen sein . . .“ usw. So erhielten „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ auch über die Staatsgrenzen hinaus ihre praktische Auslegung. Unser Staatswesen wurde weniger als Nation, als Eidgenossenschaft betrachtet, denn als einfache, nach außen nicht abgeschlossene menschliche Gesellschaft. Die Politiker setzten in ihrem Optimismus für die Zukunft ständig gleichartige, gute und liberale Zustände voraus; nicht im Entferntesten dachten sie daran, daß sich je die Welt so ins Gegenteil verkehren könnte. Darum kümmerten sie sich auch wenig um die Zahl und Assimilation der Ausländer, sondern trauten der freien Entwicklung schon das rechte Ziel zu. Heute stehen wir nun vor einer gefährlichen Überfremdung als der Auswirkung solcher Politik. Zum voraus muß zwar anerkannt werden, daß die Ausländermassen viel zum wirtschaftlichen Gedeihen unseres Vaterlandes beigetragen haben. Das ging natürlich nicht ab ohne ihre Anwesenheit in unserem Lande und ohne den Einzug fremder Sprache, Haltung und Gesinnung. Allerdings haben sich viele unseren Verhältnissen angepaßt und sind rechte Schweizer geworden. Aber wie wir oben vernommen haben, befinden sich immer noch 9 Prozent Fremde bei uns, die weder assimiliert sind noch sich assimilieren wollen, sondern zu einem guten Teil Fremdkörper sind und bleiben. In dieser Eigenschaft belasten sie uns nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und ethnisch, indem sie uns das Brot streitig machen und auf ihrem fremden Wesen beharren. Jene liberale Denkweise des letzten Jahrhunderts, welche in der damaligen Niederlassungspolitik nichts als Harmlosigkeit sah, hat sich derart als schädlich erwiesen. Im Besonderen wirkte sich die Meinung nachteilig aus, die kleine Schweiz können zehn- und zwanzigmal größeren Ländern unbefchränkte Niederlassungsfreiheit zugestehen.

Demnach ist jetzt der Moment gekommen, wo wir die Fehler der liberalen Bevölkerungs politik korrigieren müssen, so gut wie schon früher die Fehler der liberalen Wirtschaftspolitik behoben werden mußten. Da die Ausländer unser Volkstum hindern, wird eine Verringerung ihrer Zahl das erste Ziel unserer Maßnahmen sein. Nun haben wir ja bereits wirksame fremdenpolizeiliche Anordnungen getroffen: Das Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer ermöglicht uns — im Verein mit einer Neuordnung der Niederlassungsverträge —, über die Neuzulassung von Ausländern jeder Art nach freiem Er-

messen zu entscheiden. Die Praxis der Fremdenpolizei geht schon seit vielen Jahren dahin, nur noch alte Leute oder dann Ausländer, die als Arbeitskräfte benötigt werden, bei uns festhaft werden zu lassen. Wenn wir aber trotzdem z. B. von 400 fremden Direktoren, 900 leitenden technischen Angestellten, 145 000 Arbeitern und 34 000 Dienstmädchen hören, so erhellt daraus, daß auch diese einschränkende Polizeipraxis noch nicht genügt. Die Niedergelassenen werden ja so nicht erfaßt. Man denkt darum wieder an den revidierten Artikel 44 der Bundesverfassung vom Jahre 1928, der die Zwangseinbürgerung der hier geborenen Kinder schweizerischer Mütter auf dem Wege der Gesetzgebung ermöglicht, oder an die Zwangseinbürgerung in der Schweiz Geborener überhaupt. Am letztjährigen schweizerischen Juristentag in Sitten ist die erstgenannte Maßnahme als die wichtigste Reform bezeichnet worden, aber wiederum das Volk seinerzeit für den neuen Verfassungsartikel zu haben war, scheint sich die Stimmung etwas gegen seine Verwirklichung gewendet zu haben aus Sorge für die Selbstbestimmung der Stände und Gemeinden. Diese Beobachtung geht parallel mit der neuerdings gezeigten Zurückhaltung in der Einbürgerungspraxis, welche beweist, daß auch auf dem Wege der freiwilligen Einbürgerung das Problem nicht gelöst werden kann. Ganz und gar nicht wesentlich in Betracht fallen die Möglichkeiten der Ausbürgerung und der Landesverweisung. Die oben genannte „Schutz- und Trugaktion“ wird unter diesen Umständen recht haben, wenn sie das Schweizervolk zur Selbsthilfe aufruft in dem Sinne, daß einfach sein Trachten auf die „Nationalisierung des Arbeitsmarktes“ gerichtet werden soll. Es gilt nicht mehr und nicht weniger, als die Ausländer so weit als möglich überflüssig zu machen, damit für unsere Leute wieder Arbeitsstellen, Plätze in der Heimat, frei werden. Der Schweizer soll Schweizer bevorzugen. Aber auf der anderen Seite sollen wir auch darauf bedacht sein, uns so einzustellen, daß wir bevorzugt werden können. Ich möchte nur auf die Notwendigkeit einer Reform der übertriebenen Mädchenausbildung hinweisen, welche Ausbildung bekanntlich dazu führt, daß wir nicht genügend Diensthoten haben und daß andererseits ausländische Ehefrauen bei heiratslustigen Schweizern den Vorzug erhalten. Auch ließe sich ernstlich erwägen, ob der Staat nicht nur noch Beamte anstellen sollte, die schweizerische Ehefrauen haben.

Im Verhältnis zum Ausland hat wohl Dr. Rothmund recht, wenn er am Auslandschweizertag mit Bezug auf die Abwehrmaßnahmen gegen die Überfremdung erklärte: „Ein kleines Land wie die Schweiz kann auf die Dauer auf diesem Gebiete nur durchkommen, wenn es eine stete, auf lange Sicht abgesteckte, auf saubere Grundlage ruhende Politik treibt“.

* * *

Um es gleich von vornherein zu sagen: Mit dem Worte „Not“ wird heutzutage weithin ein Unfug getrieben. Wenn mancher gleich von seiner „Not“ redet, sobald sein Geschäft nicht mehr in der höchsten Konjunktur gedeiht, oder sobald er sich im Haushalte einige Beschränkungen auferlegen muß, oder sobald sein ordentlich bemessener Staatsgehalt etwas herabgesetzt wird, so ist das ein Unfug mit dem Worte „Not“. Von einer „Not“ darf aber auch derjenige noch nicht reden, welcher trotz allen Einschränkungen doch immer noch die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen vermag. „Not“ ist eben nur Entbehrung des Nötigsten. Das leichtfertige Behaupten einer „Notlage“ auch dort, wo das Nötigste noch vorhanden ist, hat seinen Grund darin, daß die Lebensansprüche zu hoch gestellt werden, die Begehrlichkeit zu groß ist. Wir haben jedoch besonders unter den heutigen Verhältnissen allen Anlaß, unsere Ansprüche zurück zu schrauben und das Wort „Not“ auf die Bezeichnung wirklichen Mangels einzuschränken. Dann werden wir auf einmal wahrnehmen, daß die „Notfälle“

in unserem Lande doch nicht so zahlreich sind, wie sie nach dem Gerede zu sein scheinen, und daß es die Eidgenossen doch weithin noch recht gut haben.

Aber es gibt doch auch bei uns wirkliche „Not“ und zahlreiche Leute, die sich der unteren Grenze einer rechten Lebenshaltung nähern. Unser Blick fällt hier auf den gewerblichen Mittelstand, also auf die selbständigen Handwerker, die Gewerbetreibenden und die Kleinhändler. In der „Schweizerischen Gewerbezeitung“ hat Nationalrat Schirmer ihre wirtschaftliche Lage geschildert. Das Ergebnis der Untersuchung besteht darin: Bei Einfluß einer Lohnvergütung für den Geschäftsinhaber (4900 bis 5300 Fr.), eines Zinses für das im Geschäft angelegte Kapital und eines Mietzinses für die Geschäftslokalitäten „schließen im Laufe der verschiedenen Jahre im Handwerk 60—67% und im Handel 77—78% der Betriebe mit Verlust ab, mit andern Worten: in $\frac{2}{3}$ bis $\frac{3}{4}$ aller Betriebe reicht das Betriebsergebnis nicht aus, um einen verhältnismäßig bescheidenen Meisterlohn für die Arbeit des Betriebsinhabers herauszuzuwirtschaften.“ Drastischer wird diese Feststellung wohl durch die Angabe der effektiven Betriebsergebnisse, d. h. des Reinertrages, welcher vom Umsatz nach Abzug der Ausgaben für Rohmaterialien und Waren, für fremde Arbeitslöhne sowie für Anlage- und Betriebskosten zurückbleibt. Da ergibt sich folgende Skala:

| Umsatz | bis 10000 Fr. | Handwerk 1500 Fr | Handel — | Fr. Reinertrag |
|---------|---------------|------------------|----------|----------------|
| „ 10000 | „ 20000 | „ 2700 | „ 1000 | „ |
| „ 20000 | „ 40000 | „ 4000 | „ 1800 | „ |
| „ 40000 | „ 60000 | „ 5500 | „ 2800 | „ |

Dabei haben Umsätze bis zu 30 000 Fr.: 45% aller Betriebe beim Handwerk und 23% aller Betriebe beim Handel; Umsätze bis zu 60 000 Fr. finden sich bis 30% aller Betriebe beim Handwerk und 37% aller Betriebe beim Handel.

Auch wenn man nun dem Schweizerischen Gewerbeverband, der diese Berechnungen angestellt hat, noch einige Schwarzmalerei zumuten wollte — sie könnte in der Ansetzung zu hoher Löhne, von Löhnen für Familienglieder, zu reichlichen Abschreibungen an den Anlagen, Auslassung von Nebenverdienst usw. bestehen —, so liegt doch offenbar auf der Hand, daß in den unteren Kategorien des Handwerkes und des Kleinhandels wirtschaftliche Zustände vorkommen, die wirklich den Namen „Not“ verdienen. Mit der Behauptung einer „Notlage“ treten innerhalb des Gewerbes namentlich auch die Gastwirte auf. „Die Erhebungen des Schweizerischen Wirtevereins über die Rentabilität im Gastgewerbe“ — so lesen wir — „haben ergeben, daß es Betriebe gibt, die durchschnittlich Einnahmen je Sitzplatz und Tag von nur 3 Rappen erzielen, die auf einen wöchentlichen Umsatz von 3—4 Franken kommen. Seit 1929 sind die Einnahmen der Betriebe durchschnittlich um 35,5 Prozent zurückgegangen. Im Jahre 1936 arbeiteten 72,7, im Jahre 1937 sogar 79,6 Prozent unserer Wirte mit Verlust!“ Ganz besonders hart scheinen dabei die Wirte an der deutschen Grenze hergenommen zu werden, da ihnen der nötige Zustrom aus der fremden Nachbargegend gänzlich fehlt. Nach einer Sondernummer der „Schweizerischen Wirtezeitung“ über die Verhältnisse im Grenzland beträgt dort der Rückgang des Umsatzes gegenüber dem Jahre 1929 nicht weniger als 41,23%; dabei haben 50,1% aller Betriebe einen Umsatzrückgang von mehr als 40% (bis über 56%) aufzuweisen. Ähnliche unbefriedigende Verhältnisse, die ganz sicher auch mit regelrechter „Not“ — wenigstens teilweise — verbunden sind, werden uns auch aus dem Coiffurgewerbe bekannt; eine Veröffentlichung der Eidgenössischen Preisbildungskommission tut dar, daß zahlreiche Geschäfte in ihrer Existenz bedroht sind.

Nun hat schon der altgriechische Philosoph Aristoteles in seiner „Politik“ erkannt, daß ein demokratisches Staatswesen dann den festesten Bestand habe, wenn der Mittelstand stark und lebenskräftig sei. Im Mittelstand finden sich nämlich jene Bürger, die aufs Ganze gesehen am meisten Verantwortungs-

gefühl für die Gesamtheit haben. Wird der Mittelstand krank, fängt die Not an, sich in seine Reihen einzufressen, dann wankt erfahrungsgemäß das ganze Volks- und Staatsgefüge. Wir können deshalb an den „Allgemeinen Schweizerischen Gewerbetagen“, die am 6. November in der Schweiz herum veranstaltet wurden und der Not in Handwerk, Gewerbe und Kleinhandel Ausdruck gaben, nicht achtlos vorübergehen. Gewiß Viele haben allerdings daran teilgenommen — es waren 26 000 Gewerbetreibende versammelt —, bei denen wir irgend eine wirkliche „Not“ um ihre Existenz nicht erkennen, denn auch ein mühevolleres Ringen um die Existenz will noch keine Not bedeuten, sondern gehört einfach zum Leben. Aber wir stehen allerdings vor der Tatsache, daß viele Gewerbetreibende trotz bestem Mühen keine Existenz mehr haben, und insofern müssen wir den Kundgebern vom 6. November das Ohr leihen. Sie haben, und das soll ihnen von vornherein als erfreuliche Bürgerhaltung anerkannt werden, nicht wie sonst üblich die Forderung auf finanzielle Unterstützung erhoben. Wie sie erklärten, wollen sie vielmehr nur „Ordnung in der Freiheit“, also gesetzliche Maßnahmen gegen die „Mißbräuche der Handels- und Gewerbefreiheit“. Der ständigen Schrumpfung der Arbeits- und Verdienstgelegenheiten in Handwerk, Kleinhandel und Gastgewerbe, der starken Vermehrung der selbständig Erwerbenden auf diesen Gebieten, der Konkurrenz großkapitalistischer Betriebe, dem Preisdruck von Behörden und Privaten, dem Mangel an Grundlagen für Selbsthilfemaßnahmen wollen sie steuern. Aber was für Maßnahmen sind dazu tauglich? Die Revision der Wirtschaftsartikel der Bundesverfassung? Die Einführung von Bedürfnisklauseln für besondere Gewerbebezweige? Die Verwirklichung des eidgenössischen Arbeitsbeschaffungsprogrammes? Der Erlass von Gesetzen gegen die großkapitalistischen Großbetriebe? Die Ausgleichsteuer? Die Submissionsverordnungen? Auf all das hin wurde anlässlich des Gewerbetages resolviert. Ich kann mich an dieser Stelle nicht dazu aussprechen. Eines steht aber fest: So sehr es Sache des Staates ist, durch geeignete Maßnahmen den selbständigen Mittelstand vor Not zu schützen, so wenig wird sich der Staat bereit finden dürfen, Maßnahmen zu treffen, die lediglich der Einkommensvermehrung dienen.

* * *

Auch ich habe schließlich am 27. November zur Übergangsordnung des Finanzhautes „Ja“ gestimmt, aber über mein und noch vieler Miteidgenossen Votum hätte man mit der „Schweiz. Handelszeitung“ die Worte „Mangelnde Begeisterung“ setzen können. Ja wirklich, Mangel an Begeisterung war das Kennzeichen dieses Urnenganges. Wie sollte auch überhaupt ein Bürger für eine solche Materie Begeisterung aufbringen können? Es handelte sich ja doch nur um die Bestätigung bereits erhobener Steuern und Zölle, um die Fortsetzung der bisherigen Stützungs- und Subventionenpolitik. Dabei ließ sich nicht einmal das erwünschte Budgetgleichgewicht herstellen, sondern ein Fehlbetrag von 771/2 Millionen Franken blieb immer noch ungedeckt. Auch die Natur der Vorlage als Provisorium vermochte nicht zu begeistern, und zuletzt gar konnte auch das in einem befürwortenden Plakat betonte Mitspracherecht den Bürger nicht zu Luftsprüngen reizen in diesem Falle, wo die Mitsprache ja doch zwangsweise nur in einer Zustimmung bestehen konnte. Die Stellungnahme der Parteien und das Abstimmungsresultat sind denn auch darnach ausgefallen. Es standen zwar alle Parteien — mit Ausnahme einiger welschen, der Kommunisten und Frontisten — fast einstimmig zu der Vorlage, aber wenn man ihre Meinungen auf den gleichen Renner bringen wollte, so würde dieser lauten: Zwang der wirtschaftlichen und politischen Lage. Auffällig war das besonders bei den Freisinnigen und den Katholisch-Konservativen, welche letztgenannte sich von dem materiellen Inhalt der Übergangsbestimmungen durch die Erklärung distanzieren,

daß ihr „Ja“ „keine Gutheißung in globo der bisherigen eidgenössischen Finanzpolitik“ bedeute. Nur die Sozialisten brachten letzten Endes, durch die zufriedengestellten Gewerkschaften und Bundespersonalverbände getrieben, einige besondere Befürwortungsgründe an den Tag, indem sie die Altersfürsorge, die Sanktion der Löhne und die Arbeitsbeschaffung lobend hervorkehrten. Dieser klauen Stimmung entsprach, wie gesagt, auch das Abstimmungsergebnis. Bloß 58% aller Bürger schritten zur Urne, und von diesen haben wiederum nur 41% mit „Ja“ und 17% mit „Nein“ geantwortet. An Stimmen zählte man 507 000 Ja gegen 194 000 Nein; von den Ständen nahmen bis auf Genf alle an. Wenn wir auch nicht so weit gehen wollen wie jener Kritiker, der in den Zustimmenden nur persönliche Interessenten — Bundespersonal und Subventionsempfänger aller Arten — erblickt, so können wir uns doch nicht verhehlen, daß die Annahme das Volksdenken nicht einwandfrei widerspiegelt.

Etwas Gutes zeitigte der Urnengang immerhin, nämlich eine Einigung des Volkes, eine Verständigung der Parteien unter dem Drucke der äußeren Verhältnisse. Daß es sich hier um eine Probe der Demokratie handle, um eine Prüfung ihrer Handlungs- und Anpassungsfähigkeit, um eine innere und kreditmäßige Festigung, war fast überall zu lesen. So schrieb die „Neue Zürcher Zeitung“: „Die Notwendigkeit, den Lebenswillen und die Tatkraft der Demokratie gerade in dieser Zeit und vor allem auf dem Gebiet der öffentlichen Finanzen unter Beweis zu stellen, wird von allen einsichtigen Bürgern, ob sie sich freisinnig, konservativ oder sozialistisch nennen mögen, mit jedem Tage deutlicher erkannt.“ Oder im „Vaterland“ lesen wir nach der Abstimmung: „Die Hauptnote des gestrigen Volksentscheides liegt doch im finanziellen Ordnungswillen und in der vernünftigen Staatserhaltung. Das Volk hat sich wach gezeigt für die demokratischen Staatsnotwendigkeiten, es hat die an es gestellte Vertrauensfrage mit einer eindeutigen kräftigen Gebärde bejaht.“ Man mag sich also zum materiellen Ergebnis der Abstimmung stellen wie man will, eines wird nicht zu übersehen sein, daß nämlich unser Volk seine Finanzen trotz erschwelter Umstände mindestens ebensogut zu meistern weiß wie ein Diktaturstaat. Wir stehen also -- vorläufig wenigstens — auch in dieser Beziehung abgeklärt da.

* * *

Im Kanton Zürich haben 37 750 Bürger ein Initiativbegehren betreffend die Ergänzung des Medizinalgesetzes eingereicht, dessen wesentlicher Inhalt lautet: „Die chiropraktische Heilmethode ist zugelassen.“ Chiropraktoren sollen auf Grund einer Prüfung die Bewilligung zur Berufsausübung erhalten. Regierungsrat und Kantonsrat empfehlen aber den Stimmberechtigten auf Grund eines medizinischen Gutachtens, die Initiative zu verwerfen. Die kommende Abstimmung wird nun erweisen, wie das Volk die neue Heilmethode einschätzt. Derweilen sorgen die Chiropraktoren durch die Fortsetzung ihrer verbotenen Heiltätigkeit und die Gerichte durch die Fortsetzung ihrer Bestrafungen schon dafür, daß das Thema in aller Mund bleibt.

Die fragliche Initiative umschreibt das neue Verfahren so: „Die chiropraktische Heilmethode bezweckt die Heilung von Krankheiten, welche zufolge verflochtener Wirbel entstanden oder begünstigt worden sind, durch Zurückdrücken der betreffenden Wirbel.“ Es handelt sich um die Praktik eines Amerikaners namens Palmer, welcher die Theorie aufstellte, daß sämtliche Krankheiten ihre Entstehungsursache letzten Endes von der Wirbelsäule hätten, indem die Verschiebung von Wirbeln die daraus austretenden Nerven durch einen Druck schädige, sodaß im Bereich des Nervs krankhafte Gewebeveränderungen und Funktionsstörungen auftreten. Die Chiropraktik verzichtet daher auf die üblichen Untersuchungsmethoden der Schulmedizin, sondern beschränkt sich auf das Abtasten der Wirbelsäule, das Herausfühlen einer Verschie-

bung, und sie tut ihren Dienst durch einen kräftigen, eventuell mehrmals wiederholten Druck oder Stoß mit der hiezu besonders eingeübten Handballe. Dieser Theorie gegenüber lautet das medizinische Gutachten vernichtend. Es bezeichnet die angenommene „Einklemmung der Nerven“ als falsch, denn die Nervenstränge seien derart in Bindegewebe, Fett und Blutgefäße eingebettet, daß sie auch bei allerstärkster Bewegung der Wirbel vor Druck und Einklemmungen sicher geschützt seien. Nerveneinklemmungen könnten nur bei den schwersten Unglücksfällen zutage treten. Man könne auch mit dem chiropraktischen „Neurokalometer“ (Nervenwärmemesser), der an den Rückgrat angelegt wird und krankhafte Temperaturunterschiede angeben soll, nichts anfangen. Es sei auch ausgeschlossen, daß die mit der Handballe veretzten grob mechanischen Stöße die Wirbelteile zu verschieben vermöchten. Schließlich hielten auch die angeblichen Heilerfolge der Chiropraktoren einer ernsthaften Überprüfung nicht stand, denn meist handle es sich um seelisch oder nervös bedingte Symptombilder oder rheumatische Beschwerden. Keiner der vorgewiesenen Fälle sei beweiskräftig für den behaupteten Heilerfolg der Wirbeladjustierung.

Aber wie die Volksstimme im Initiativbegehren anders redet und sich aus Erfahrung für die Chiropraktik einsetzt, so vernahm man auch im Rantonsrate schon zum Teil andere Töne. Es sei Tatsache, daß durch das neue Verfahren schon viele Leute geheilt worden seien, darunter Gerichtspersonen, Parlamentarier, ja sogar Ärzte. Gewisse Störungen könnten wirklich durch die Behandlung der Wirbelsäule behoben werden. Besonders im großen Gebiete der rheumatischen Erkrankungen lägen Erfolge vor. Die Stimmung zu Gunsten der Chiropraktik verdichtete sich sogar zu einem Kommissionsmehrheitsantrage, der die Chiropraktik unter gewissen Bedingungen als Heilmethode zuzulassen wollte, damit jedoch im Rate unterlag. Nachdem auch anderweitig ernsthafte Ärzte erklärt haben, die Methode sei zum mindesten wert, ernsthaft überprüft zu werden, wird man zu dem ganzen Problem ungefähr folgende Stellung einnehmen müssen: Unter den unendlichen Variationen krankhafter Veränderungen am menschlichen Leibe mag vielleicht doch irgend eine Störung von Nerven am Rückgrat auch vorkommen. Auch mag es sein, daß die chiropraktische Behandlung medizinisch noch nicht erkannte Wirkungen ausübt. Jedenfalls scheinen gewisse Erfolge des neuen Verfahrens festzustehen und dabei ist eine Gefährlichkeit der Behandlung an sich nicht behauptet worden. Auf der anderen Seite jedoch steht wohl ebenso fest, daß die Chiropraktik nicht für alle und zwar lange nicht für alle Fälle von Krankheit etwas taugt, und daß durch die Behandlung möglicherweise andere sachgemäße Heilungsmaßnahmen verpaßt werden, weil die Chiropraktiker eben doch nicht jene Ausbildung besitzen, die für eine medizinische Diagnose benötigt werden. Unter diesen Umständen erscheint es wohl — im Interesse der Volksgesundheit — als nicht angängig, der Chiropraktik freien Lauf zu lassen, aber es würde sich wohl rechtfertigen, dieser Methode von Seiten der Ärzte Beachtung zu schenken und zu versuchen, die Chiropraktik irgendwie in das System der patentierten Krankenbehandlung einzufügen. Natürlich ist das so gemeint, daß auf jeden Fall das Gutachten eines Arztes zur Behandlung vorliegen soll. Und wenn sich die Chiropraktoren nicht den Ärzten unterstellen wollen, so steht es ihnen ja frei, selber Medizin zu studieren, um dann nachher ihre Spezialmethode zu pflegen. Ein besonderes Chiropraktorenpatent aber ist zu verwerfen.

Büla ch, den 15. Dezember 1938.

Walter Hildebrandt.

Durch den Willen des Volkes.

„Durch den Willen des Volkes“ — steht als Inschrift über dem Westportal der Universität Zürich eingemeißelt. Die Worte gelten auch für das ganze eidgenössische Staatsgebäude. Denn die Schweiz beruht einzig und allein auf dem Willen ihrer Bürger zu ihr. Wenn dieser Wille einmal aufhört oder auch nur erlahmt, so verfällt die schweizerische Eidgenossenschaft in die Agonie. Kein anderes Staatswesen ist stärker auf die innere Zustimmung seiner Bürger abgestellt als gerade die Schweiz. Weder gemeinsames Blut, gleiche Rasse, noch Einheit von Sprache und Kultur oder das Glaubensbekenntnis sind der Kitt, der uns zusammenhält. Alles beruht einzig auf dem Willen des Volkes, zusammenzugehören und eine Nation zu sein. Gewiß, wir sind eine Nation, aber kein Nationalstaat; denn diesem Begriff wohnt die Vorstellung eines zentralistischen Einheitsstaates inne, wie ihn Frankreich, Italien oder das Dritte Reich repräsentieren. Uns Schweizern ist eine solche Staatsgestaltung wegensfremd. Wir sind kein Nationalstaat, wir sind ein Bundesstaat. Das **B ü n d i s c h e** ist unsere nationale Lebensgleichung, die schon im Bundeschwur vom Rütli vorgezeichnet ist. Das funktionelle Geheimnis der Schweiz ist es, den Gedanken des Bundes am reinsten in ganz Europa herauskristallisiert und politisch gestaltet zu haben. Dadurch sind wir ein „bündisches Europa en miniature“ geworden. In der eidgenössischen Idee liegt auch der Kern für eine Zusammenarbeit der Völker unseres Kontinents.

Da wir kein Nationalstaat im üblichen zentralistischen Sinne dieses Wortes sind, kann es auch keinen „schweizerischen Nationalismus“ geben, es sei denn, daß man den bündischen Gedanken darunter verstehen will. Ihn zu leben, bedeutet für uns den besten nationalen Selbstschutz und gleichzeitig das Entstehen für die Gesamtinteressen unseres Kontinents.

Man mag einwenden, das sei gar nicht unsere Aufgabe, da wir ja so ein kleines Staatswesen seien. Diese Meinung ist aber falsch.

Die Geschichte der Völker lehrt, daß gerade die **K l e i n s t a a t e n**, die ihre Energie nicht auf politische Machtziele zu konzentrieren brauchen, der Welt die wertvollsten geistigen und kulturellen Güter, die edelsten politischen Gedanken geschenkt haben.

Es sei hier auch an ein Wort des holländischen Außenministers **J. A. N. P a t i j n** erinnert, der sagte:

„Kleine Nationen sind gegenüber größeren im Vorteil, weil sich nicht sofort Mißtrauen gegen sie regt wegen Expansionsgelüsten und man sie nicht politischer Intrigen zur Vergrößerung ihrer Macht verdächtigt. Sie sind eher als große Nationen in der Lage, den Grundsätzen nachzuleben, welche Vertrauen zwischen verschiedenen Ländern ermöglichen.“

Gerade das ist es ja, was wir heute im Völkerleben so nötig haben: das **V e r t r a u e n**. Gibt es einen besseren Weg dazu als den über die **b ü n d i s c h e** Idee, welche das geistige Fundament der Eidgenossenschaft ist? Wahrhaft eidgenössisch sein, wahrhaft aus dem bündischen Geiste heraus leben, schließt einerseits nationalistische Engstirnigkeit aus, betont aber anderseits die eigene Art, in der die Wurzeln der Kraft liegen. Man muß irgendwo verwurzelt sein, irgendwo eine Heimat haben, um in der größeren Gemeinschaft wirken zu können. Es ist etwas Schönes und Großes, den bündischen Gedanken zur geistigen Heimat zu haben. Wir Schweizer dürfen deswegen aber keineswegs in eine nationale Überheblichkeit verfallen. Das allein schon wäre Verrat an der bündischen Idee, die das Zusammenwirken von **g l e i c h w e r t i g e n**, verschieden gearteten Gliedern voraussetzt.

Die Aufgabe, die wir im Kreise der Völker zu erfüllen haben, ist nicht unser Verdienst, sondern eine **V e r p f l i c h t u n g** gegen alle. Sie lautet ganz einfach:

Durch Treue zur schweizerischen Idee und Art den Beweis erbringen, daß in Europa verschiedenartige Völ-

er bündisch zusammenleben können. Noch nie seit vielen Jahrhunderten waren die Kräfte in unserem Kontinent so stark wie heute, diesem Beispiel im Kleinen Verwirklichung in der größeren Gemeinschaft zu verschaffen. Die Worte der größten Staatsmänner der Gegenwart bürgen dafür. Die Möglichkeit ist offen: aus Kriegsgefahr zu einem bewaffneten Frieden und aus diesem zu einem Frieden der Verständigung zu gelangen.

Englische, französische und amerikanische Staatsführer haben in den letzten Tagen übereinstimmend diese Ansicht geäußert, Mussolini soll heute einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung zugänglicher sein als je (? Red.), und von Deutschland weiß man, daß es einen friedlichen Ausgleich mit den westlichen Mächten sucht (und der Osten? Red.). Natürlich gibt es in einer Zeit des Umbruchs und der Umgestaltung wie der unsrigen auch Gegenkräfte gegen eine Verständigung. Um so mehr haben wir Schweizer Grund, mutig für das einzustehen, was den Völkern Europas gemeinsam ist und was uns alle miteinander verbindet.

Damit wir die Kraft dazu besitzen, müssen wir allerdings jeglichen Defaitismus bezüglich unseres eigenen Staatswesens überwunden haben. Auf militärischem Gebiet ist das heute erfreulicherweise der Fall. Selbst die Linke, die seit dem Weltkrieg nicht genug tun konnte, dem Militärdepartement jeden Rappen Kredit zu verweigern, bekennt sich jetzt zu einer starken militärischen Landesverteidigung. Nicht zu reden von den übrigen politischen Parteien und Gruppen. Unser Volk ist heute zu jedem Opfer bereit, das nötig ist, um unsere Kriegsbereitschaft sicherzustellen.

Neben dem militärischen kannten wir bisher auch einen geistigen Defaitismus, der nicht minder gefährlich war als jener. Noch unlängst wurden Männer, die sagten, die Schweiz habe eine große moralische Mission in Europa zu erfüllen, nicht recht ernst genommen. Es gab hochgestellte Persönlichkeiten, die im Radio und sonst erklärten, die Schweiz sei ein Kleinstaat und habe keine andere Aufgabe, als sich seiner Haut zu wehren; wer mehr von ihr verlange, sei ein Phantast oder predige nationale Überheblichkeit. Es war recht eigentlich Mode geworden, mit der Kleinheit der Schweiz zu kokettieren. Heute nun zeigt sich erfreulicherweise auch auf geistigem Gebiet eine Abkehr von solchem Defaitismus und falsch verstandener Bescheidenheit. Führende schweizerische Zeitungen gehen zur sogenannten „moralischen Aufrüstung“ über. Das ist sehr zu begrüßen.

Die Schweiz ist angesichts ihrer politisch-territorialen Konstanz in den letzten Jahrzehnten im Verhältnis zu ihren Nachbarn, die sich zu mächtigen Nationalstaaten zusammenschlossen, immer kleiner geworden. Gerade dieser Umstand verlangt nach einem Ausgleich auf der geistigen Ebene. Wir müssen aus unserem eigenen Wesen heraus einen Beitrag an die abendländische Kultur leisten, um im geistigen Wettstreit der europäischen Völker auf die Dauer bestehen zu können. Wenn wir die bündische Idee, diesen Kerngedanken eidgenössischen Wesens, immer bewußter und klarer herausarbeiten und leben, so sichern wir damit nicht nur unsern staatlichen Bestand, sondern dienen gleichzeitig den Gesamtinteressen des abendländischen Kulturkreises. Die Idee des Bündischen ist nicht bloß ein politischer Begriff, sondern bedeutet: alles in seinen Beziehungen erkennen, berücksichtigen und in ein schöpferisches und sich stets änderndes Gleichgewicht bringen. Die bündische Lebenshaltung macht uns erst zu Schweizern und zu Menschen, die das „Europa von morgen“ leben.

Dskar Beer.

Bilanz der Weltpolitik: Perspektiven zum Jahreswechsel.

Nun geht das Jahr zu Ende, das wohl die größte Umwälzung der Nachkriegszeit gebracht hat. Nachdem vor nunmehr sechs Jahren die Einführung des Nationalsozialismus in Deutschland die inneren Grundlagen als Ausgangspunkt für die machtpolitischen Erfolge nach außen geschaffen hat, und dieser das deutsche

Volk einer kaum mehr zu überbietenden Disziplin unterwarf, erfolgten die machtpolitischen Auswirkungen durch die Schaffung des Großdeutschen Reiches im Jahre 1938.

Die Konferenz von München vom 30. September 1938 hat diese erste Etappe der Entwicklung in feierlicher Weise abgeschlossen. Daß es sich dabei tatsächlich nur um den Abschluß einer ersten Etappe gehandelt hat, dürfte inzwischen jedermann klar geworden sein. Das hängt nicht nur zusammen mit der inzwischen allgemein bekannt gewordenen Tatsache, daß die weiteren Ziele der deutschen Politik tatsächlich in dem programmatischen Buche „Mein Kampf“ niedergelegt sind (und vielleicht nach allen dort berührten Richtungen hin) — ein Buch, dessen reale Aktualität sich umso mehr erhöht, als die bisherige Entwicklung der innern und äußern Politik des Deutschen Reiches fast auf den Buchstaben genau nach dem Rezept dieses Buches vor sich gegangen sind. Allein es sind nicht nur die Ansprüche des Reiches, die in diesem Jahre zur Diskussion gestanden haben; diese Entwicklung ist heute nicht mehr zu trennen von der Entwicklung der kommenden italienischen Politik, wie sie durch die einstweilen anscheinend unzerreißbare Bindung der Achse festgelegt ist. Bedeutete somit das Abkommen von München einen vorläufigen Abschluß in der großdeutschen Entwicklung, so dürfte niemand darüber im Unklaren gewesen sein, daß die Ansprüche Italiens bei gegebener Zeit ebenso radikal geltend gemacht würden, wie es bei den Deutschen der Fall gewesen war — mit dem einzigen Unterschied, daß in diesem Falle im Raume der Achse die Rollen des Fordernden und des Sekundanten vertauscht werden.

Wir haben in diesen Hefen bereits unmittelbar nach dem Abschluß der Konferenz von München, und auch später, stets den Standpunkt eingenommen, daß der sogenannte „Friede von München“ nichts weiter als einen Waffenstillstand bedeuten könne. Merkwürdigerweise gab es im Ausland, aber auch in der Schweiz, Leute — sie erheben in der Regel den Anspruch, daß man sie ernst nimmt —, die geneigt waren, jedem ihr allerhöchstes Mißfallen auszudrücken, der nicht gleich auf die optimistische Deutung dieses Abkommens sich einzulassen bereit war. Bei näherem Zusehen ergab sich allerdings mit Leichtigkeit, daß alle diese Stimmen als tendenziös zu charakterisieren waren. Angesichts der Schwere der inzwischen neu eingetretenen Tatsachen sind nun diese Auguren, wenigstens im neutralen Lande, im wesentlichen bereits wieder verstummt. Es konnte ja auch nicht anders kommen: bedeutete München doch im Grunde nichts anderes als einen annähernd vollständigen Sieg der einen Seite und die entsprechende Zurückbewegung der andern. Daß auf einer solchen Grundlage ein Friede auf die Dauer nicht gebaut werden konnte, liegt doch auf der Hand. Und wenn in der Folge vor allem in der italienischen Presse, und dazu noch gewissermaßen als selbstverständlich postuliert wurde, daß die künftigen Regelungen der europäischen Probleme „nach dem Muster von München“ zu geschehen hätten, so wußte man, woran man war.

Daß von einem Frieden keine Rede sein konnte, zeigte sich in allererster Linie in den nachfolgenden Störungen des deutsch-englischen Verhältnisses, deren akutes Auftreten auch die Separatvereinbarung von München nicht hatte verhindern können. Die entschlossene Beschleunigung der englischen Rüstungen erwies sich als ebenso deutliches Zeichen, wie die empfindliche Reaktion, die darauf von deutscher Seite erfolgte. Je mehr diese Aufrüstung und die entsprechende Reaktion sich steigerten, desto mehr mußte man sich zwangsläufig von „München“ wieder entfernen. Gerade die letzten Tage haben in dieser Richtung eine weitere Entwicklung mit sich gebracht, die durch das Neuaufleben der englischen Diskussion über das Tempo der kommenden und notwendigen Rüstungen und die etwas ungewohnt skeptischen Ausführungen Chamberlains charakterisiert sind. Tatsächlich handelt es sich bei dieser Entwicklung um nichts anderes als um eine natürliche Re-

aktion auf die Unausgeglichenheit der Grundlagen, auf denen das Abkommen von München aufgebaut worden war.

Wenn nun aber diese Entwicklung in den letzten Wochen in beängstigender Weise beschleunigt wurde, so ist dies auf Ereignisse zurückzuführen, die man zwar grundsätzlich für die Zukunft wohl in Rechnung stellen mußte, deren aktuelle Schrecklichkeit aber das zur Zeit erwartete Maß erheblich überschritt. Die im Anschluß an die Ermordung des deutschen Botschaftsrates vom Rath in Paris eingeleitete und weitergeführte Judenverfolgung in Deutschland mußte die internationale Situation in bedenklicher Weise erschweren. Niemand in der Welt wird sich darüber einer Täuschung hingeben wollen. Wenn die Vereinigten Staaten auf der zur Zeit tagenden Konferenz von Lima ihre wesentlichen Ansprüche durchsetzen, so liegt der Grund zu einem Teil in der innerdeutschen Entwicklung. Und wenn die englisch-amerikanischen Verhandlungen nach erheblichen Hemmungen und Schwierigkeiten mit ziemlich unerwarteter Beschleunigung zum Abschluß eines Handelsvertrages führten, so hat auch hiezu die deutsche Judenpolitik ihren Teil beigetragen. Mag dabei auf angelsächsischer Seite auch ein gewisses Pharisäertum mitspielen, so wäre es doch völlig verfehlt, die Entrüstung der Welt damit abzutun. Und im übrigen waren die Ereignisse derart, daß es sowohl überflüssig wie zwecklos erscheint, sich irgendwie darüber zu verbreiten. Es gibt gewisse Umstände, wo jede Diskussion aufhört.

Daß trotz aller dieser Entwicklungen Chamberlain bis heute an dem oft beinahe verzweifelt anmutenden Versuch festgehalten hat, den Weltfrieden zu retten, gibt diesem Regierungschef unzweifelhaft den Charakter eines großen Staatsmannes. So wie die ganze Welt diesem Manne dankbar gewesen ist, daß er in den kritischen Tagen von Ende September den Frieden gerettet hat, als niemand mehr an seine Erhaltung glaubte, so anerkennt die Welt auch heute, mit ganz wenigen Ausnahmen, mit Dankbarkeit die Anstrengungen, die der britische Staatsmann in den schweren Wochen seit Abschluß der Konferenz von München für die Erhaltung des Weltfriedens unternommen hat.

Allein es erhebt sich heute fast allgemein die dringende Frage, ob die Erhaltung des Friedens überhaupt noch möglich sei. Die dynamische Entwicklung der Expansionspolitik der Achsenmächte hat einen Charakter angenommen und ein Tempo eingeschlagen, die uns skeptisch stimmen. Wir halten uns dabei gar nicht bei der Frage auf, inwieweit diese Ansprüche „berechtigt“ oder „unberechtigt“ zu bezeichnen wären. Der Chronist hat einzig festzuhalten, daß der Versuch, alle diese Ansprüche, wie sie sich heute in Umrissen darstellen, zu verwirklichen, nur die beiden alternativen Folgen in sich bergen kann: entweder Rückzug der Westmächte, empfindliche Schwächung Rußlands und Polens — oder den Krieg. Die letzten Ereignisse haben diese zwei Möglichkeiten mit einer leider ziemlich deutlichen Klarheit herausgearbeitet.

In den letzten Wochen ist in dieser Richtung das eingetreten, was der Beobachter der Verhältnisse als unausweichlich ansehen mußte: nämlich die Anmeldung der Ansprüche Italiens. Dabei scheint es uns, mit Rücksicht auf die Konstruktion der autoritären Staaten, im wesentlichen gleichgültig, daß diese Ansprüche nicht von offizieller Seite angemeldet oder geltend gemacht worden sind. Die heftigen Pressekampagnen gegen Frankreich und die ebenso geduldeten, wenn nicht geförderten Demonstrationen lassen uns schwer erkennen, daß der innere Gehalt dieser Vorstöße sich irgendwie den letzten Absichten des italienischen Diktators nähert. Es war übrigens seit langem vorauszu sehen, daß Italien für seine äußerst weitgehende Unterstützung der deutschen Forderungen eines Tages die ihm zweifellos bereits seit längerer Zeit versprochene Gegenleistung in der Form eines Anspruchs im Mittelmeer präsentieren würde. Dies ist nun geschehen.

Inwieweit es sich bei den Demonstrationen in der italienischen Kammer bereits um eine erste Anmeldung der Ansprüche oder mehr um einen Versuchsballon handelt, ist heute noch nicht genau festgelegt. Vielleicht wäre das letztere als wahrscheinlicher anzusehen, wenn man die bisherige Haltung der deutschen Presse in Betracht zieht. Die Unterstützung der italienischen Ansprüche ist nämlich zur Zeit noch ziemlich lau und weder von offizieller noch von offiziöser Seite hat man bisher eine Intervention gehört. Es ist zwar vor kurzem eine interessante Meldung, allerdings fast unbeachtet, erschienen, die, wenn sie zutrifft, allerdings auf gewisse Rückschlüsse verweisen müßte; als unseres Wissens bisher einzige Zeitung veröffentlichte nämlich die „Elsaß-Lothringen Zeitung“ am 13. Dezember 1938 folgenden Bericht:

Kairo, 12. Dez. — Die Wiedergabe eines Artikels des Führers der Hitlerjugend, Baldur von Schirach, durch eine deutsche Zeitschrift hat hier große Erregung hervorgerufen. Darin wird die Schaffung eines großen italienischen Kolonialreiches angekündigt, das Aethiopien, Libyen und Tunesien umfassen soll. Ägypten und der Sudan, so heißt es weiter, würden Italien gegenüber dieselbe Stellung einnehmen, wie die Tschechoslowakei gegenüber Deutschland. Der Artikelschreiber spricht auch von der Schaffung eines internationalen Statuts für den Nil und die Donau.

Die Anmeldung der „natürlichen Aspirationen“ Italiens ist inzwischen in Frankreich auf die erwartete kategorische Ablehnung gestoßen. Die englische Politik hat diesen Standpunkt — wenn auch nach einem Augenblick des Schwankens — in vollem Umfange sekundiert und Italien auf die Bindungen des Oster-Abkommens verwiesen, das sich immer mehr als ein nicht ganz unzweifelhaftes Geschenk für Italien erweist. Zur Zeit wären also die Fronten im Mittelmeer einigermaßen abgesteckt. Die Reaktionen, welche die Anmeldung der italienischen Forderung bei den Westmächten ausgelöst haben, sind sehr scharf ausgefallen, sodaß unter Umständen damit zu rechnen ist, daß Italien seine Ansprüche wenigstens zeitweilig noch etwas zurückschraubt. Es ist allerdings sehr fraglich, ob der aufstrebende Staat sich auf die Dauer mit einer Revision des Statuts für den Suezkanal und mit bevölkerungspolitischen, bezw. verkehrstechnischen Konzessionen in Bezug auf Tunis und Dschibouti begnügen wird. Das wäre ein bescheidener Erfolg, gemessen an dem großen Einsatz, den Italien in der Richtung seiner Mittelmeeransprüche bereits seit über zwei Jahren in Spanien gewagt hat. Mussolini wird im Gegenteil mit aller Wahrscheinlichkeit versuchen, durch die Verwertung des Pfandes, das er in der Beherrschung der Insel Mallorca besitzt, mehr als nur solche bescheidene Konzessionen herauszuholen.

Diese Perspektiven weiter zu erwägen, erscheint für den Augenblick nicht tunlich. Im Verlaufe des Monats Januar 1939 begibt sich Chamberlain nach Rom und es erscheint zweckmäßig, mit weiteren Beurteilungen bis nach Abschluß dieser Besprechungen tunlichst zurückzuhalten. Auch auf diese Reise begleiten den englischen Premierminister wieder die Hoffnungen der ganzen Welt — allein die Zuversicht ist schwankend geworden.

Großdeutsche Aspirationen nach Osten, deren Zielrichtung und Umfang noch nicht abgeklärt sind, — italienische Ansprüche im Gebiet der Lebensadern des französischen Reiches und der entscheidenden Verbindungen des britischen Reiches — unter diesen Perspektiven überschreiten wir die Schwelle zum neuen Jahre. Und dabei ist in diesen beiden Stichworten noch lange nicht die Fülle aller Probleme zusammengefaßt. Es bestehen die Kolonialansprüche des Reiches, es besteht die Expansion seines Außenhandels, die es in immer größere Konflikte mit Großbritannien zu führen droht, es besteht die unbestreitbare Spannung des Reiches mit den

Vereinigten Staaten, es besteht weiter in voller Schärfe der Konflikt im Fernen Osten und die immer noch nicht abgeschlossene Auseinandersetzung in Spanien.

Ist es unter solchen Umständen erstaunlich, daß Viele, auch unter den ruhigen Beurteilern der Lage, die Chancen für die Erhaltung des Friedens gering einschätzen? Wir glauben, daß das Maximum dessen, was man, in Berücksichtigung aller bestehenden Probleme, vom Standpunkt einer optimistischen Beurteilung sagen kann, sich in der Überlegung erschöpft: daß sich die Chancen Friede oder Krieg, beurteilt an der Schwelle des Jahres 1939, im besten Falle die Waage halten.

Zürich, den 21. Dezember 1938.

Jann v. Sprecher.

Pariser Brief.

Frankreichs Wiederaufrichtung. / Schatten über Europa.

Ein Datum hat sich der französischen Geschichte eingegraben: der 30. November. Der Mißerfolg des für diesen Tag von der C. G. T. dekretierten Generalstreiks ließ plötzlich die Vernunft und den gesunden Menschenverstand aus den tiefen Schichten des französischen Volkes hervorbrechen, den festen Willen, an der Wiederaufrichtung des Landes mitzuarbeiten und den Druck von Moskau abzuschütteln.

Es ist nicht zu leugnen, daß die Gesetzesdekrete im allgemeinen von rechts und von links schlecht aufgenommen wurden. Sie eröffneten eine Ära von Entbehrungen, und niemand stimmt mit frohem Herzen schweren Opfern zu. Weder durch Kühnheit noch durch Originalität zeichneten sie sich aus; sie stellten sich ganz entschieden auf den kapitalistischen Standpunkt — Herr Paul Reynaud hatte erklärt: „Wenn man eine Furt durchreiten will, wechselt man nicht sein Pferd. Unsere Lebensform ist kapitalistisch, ich bleibe in dieser Lebensform.“ Es gibt allerdings bei uns rechts und auch links Leute, die dafür halten, daß die Zeit des Kapitalismus abgelaufen sei. Jedenfalls hatten die Anhänger des kapitalistischen Systems das eine Verdienst: dazusein; ihre Gegner hielten ihnen nur Kritik entgegen, ohne Neues vorschlagen zu können. Die Parlamentarier aber wußten gut genug, daß, wenn die Regierung Daladier das Heft aus den Händen gäbe, ihre Nachfolger auf dieselben finanziellen Schwierigkeiten stoßen und unter allen Umständen den Franzosen ähnliche Opfer auferlegen müßten. Sie zogen deshalb vor, ihn die Last der Unbeliebtheit weiter tragen zu lassen, um einst nach wiederhergestellter Situation ihn von seinem Platze zu verdrängen.

Eine schwere politische Frage stellt sich jedoch in Bezug auf die Gesetzesdekrete: wie konnte man von der Kammer die nötige Mehrheit zu ihrer Ratifikation erhalten? wie also für das Kabinett die Möglichkeit, zu dauern? Denn Herr Paul Reynaud verhehlte nicht, daß er ein Minimum von drei Jahren beanspruchte, um das Land wiederaufzurichten zu können. Übrigens ist Frankreich der Unbeständigkeit in der Regierung müde, und der Aufruf der Frontkämpfer zugunsten der Bildung eines außerhalb und über den Parteien stehenden Ministeriums der öffentlichen Wohlfahrt spiegelte die geistige Verfassung einer großen Anzahl Franzosen, vielleicht der meisten unter ihnen, wieder.

Herrn Daladier war es nun wohl gelungen, die Volksfront durch Ausschluß der Kommunisten aus der Mehrheit zu brechen; allein die Sozialisten machten ihm noch das Leben sauer; andererseits behielten die Gemäßigten sich ihre Stellungnahme noch vor. Wenn bei Einberufung des Parlaments der Regierungschef nur auf die sichere Unterstützung der Radikalsozialisten zählen konnte, dann war sein ganzes Wiederaufrichtungswerk vernichtet, denn dann konnte er nicht erreichen, daß das Parlament mit ihm ging. Schon sprach man hinter den Kulissen von einem Ministerium Blum-Jouhaug-Herriot...

Das erschütternde Fiasco des Generalstreiks verstärkte die Stellung der Regierung auf eigentümliche Weise, indem es bewies, daß Daladier nicht, wie man geglaubt hatte, ein Schwächling war, sondern zu handeln wußte, und wenn nötig energisch handeln konnte. Mit einem Schlage schenkten ihm die Gemäßigten ihr Vertrauen, und als Gegenwirkung nahm die Unbeliebtheit der Gesetzesdekrete in weitem Umfange ab. Man kann sagen, daß der Streik die Gesetzesdekrete gerettet hat, und damit auch das von der Regierung unternommene Werk der Wiederaufrichtung.

* * *

Am 17. November stützte das Staatsoberhaupt in einer radioübertragenen Rede mit seiner hohen Autorität die Gesetzesdekrete in ihrer Gesamtheit. „Ich schließe mich“, so sagte Herr Albert Lebrun, „allen im Ministerrate erwogenen Maßnahmen an und hege den Wunsch, daß das Parlament und das Land im Bewußtsein der Notwendigkeiten, die sie diktieren, der Ausführung dieses Planes ihre volle Unterstützung angeheißen lassen werden“. Am gleichen Tage rechtfertigten Daladier und Paul Reynaud diese Notwendigkeiten im Radio. Der Ministerpräsident erinnerte daran, daß die Ausgaben Frankreichs 137 Milliarden erreicht hatten, während die Einnahmen nicht über 85 Milliarden betragen. „Ich werde nicht der Mann des Bankrottes sein, wie ich auch nicht der Mann des Krieges gewesen bin“, fügt er hinzu. Er verurteilt die gefährlichen Treibereien, die gegen die Gesetzesdekrete in Gang gesetzt worden waren. In Bezug auf Paul Reynaud bestätigte er, daß sein Plan gerecht sei und niemanden geschont oder bevorzugt habe. Er trachtete vor allem, das Vertrauen der Franzosen zu wecken und ihren freien Betätigungsdrang anzuregen. „Der Staat zählt auf euch, anstatt daß ihr auf den Staat zählt“. Er appellierte auch an die Mitwirkung der Arbeiter, die zu dem Werke der Wiederaufrichtung unumgänglich nötig war.

Die C. G. T. hielt indessen in Nantes vom 14. bis zum 17. November unter dem Zeichen des Widerstandes gegen die Gesetzesdekrete einen Kongreß ab. Zahlreiche Stimmen erhoben sich allerdings aus dem Schoße des Kongresses, um gegen die „Kolonisierung“ der Syndikate durch die Kommunisten zu protestieren. Freilich hatte auch Herr Jouhaux die Bremse gezogen, damit die Kommunisten an der sofortigen Erklärung des Generalstreiks verhindert würden. Der Kongreß beschloß jedoch für den Samstag, 26. November eine Massenmanifestation.

Und es hatten auch die Frontkämpfer, von denen die Gesetzesdekrete eine Beschneidung ihrer Pensionen verlangen, jede Reduktion kurzweg abgeschlagen, indem sie die Ansprüche vorschoben, die sie an die Nation zu stellen berechtigt waren. Allerdings sprach die radikalsozialistische Gruppe am 18. November Herrn Daladier ihr Vertrauen aus, und am 21. erklärte sich die Finanzkommission der Kammer mit 25 gegen 16 Stimmen zugunsten der Gesetzesdekrete; aber Herr Chamberlain und Lord Halifax waren am darauffolgenden Morgen in Paris erwartet, und Herr Daladier hatte gesagt: „Ich will nicht mit einem Mißtrauensantrag im Knopfloch Herrn Chamberlain entgegengehen“.

Am 23. sind vierzig Fabriken im Norden von Arbeitern besetzt, und in Billancourt bei Paris streiken die Renault-Werke, die, wie man sich erzählte, von den Kommunisten zu wahren Zitadellen ausgestattet worden waren. Die Regierung duldet die Besetzung der Fabriken nicht, und am nächsten Morgen selber wird nach heftigen Scharmüßeln, bei denen für zwei Millionen Sachschaden entsteht, die kommunistische „Zitadelle“ ausgehoben. Aber am 25. dehnt sich der Streik im Norden auch auf die Minen von Anzin aus, und am gleichen Tage verordnet die C. G. T. den Generalstreik für den Mittwoch.

Dennoch vollzieht sich die finanzielle Wiederaufrichtung Frankreichs. Die Börse ist gut; der französische Franken hält sich und steigt sogar gegenüber dem Pfund

und dem Dollar. Das ins Ausland geflüchtete Gold strömt in großen Mengen wieder zurück. Am 26. erläßt Paul Reynaud einen Appell, in welchem er bestätigt, daß „nicht die Steuern, sondern die Inflation das Leben verteuere“. Er erklärt sich des Erfolges seines Planes sicher, aber er will nicht, „daß dieser Erfolg die Franzosen entzweie“.

Die C. G. T. organisiert in Frankreich Manifestationen gegen „die Gesetzesdekrete der Misère“. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Bewegung von politischem Charakter; wütend über Frankreichs äußere Politik, die ein gutes Einverständnis mit Deutschland anstrebt, trachtet diese Bewegung, die Volksfront, von welcher sich die Radikalen abgelöst haben, wiederherzustellen und das Land der Machtsphäre der Kommunisten, also Moskaus, zurückzugewinnen. Am 27. betont übrigens Daladier in seinem Aufruf an das Land, daß der geplante Generalstreik nicht legal sei, da allein das Parlament und nicht die Straße zuständig sei, sich für oder gegen die Gesetzesdekrete auszusprechen. Am selben Tage werden die streikenden Fabriken besetzt, und tags drauf die gesamten öffentlichen Ämter. In einem Rundschreiben an die Präfekten erklärt der Regierungschef, daß „Arbeitsunterbrechung als schweres Vergehen angesehen würde; wer sich dieses Vergehens schuldig mache, habe die Enthebung von seinem Posten zu gewärtigen“.

Endlich hatte Frankreich eine energische Regierung; während ganz Europa revolutionäre Bewegungen in Paris und in der Provinz fürchtete oder wünschte, gelang es ihr, den Unheilstiftern das Handwerk zu legen.

Zwei von der französischen Sozialistenpartei und von den Frontkämpfern ausgehende Versöhnungsversuche scheitern; die C. G. T. weigert sich, ihren Streikbefehl zurückzuziehen, und die Regierung verweigert jede Verständigung, bevor dieser Befehl nicht zurückgezogen wird. Am 30. findet also der Streik statt und endigt in einem jämmerlichen Zusammenbruch.

In Paris bemerkte man von einer Arbeitsunterbrechung sozusagen nichts. Wasser, Gas, Elektrizität, Autobus, Metro, Restaurants, Theater, Kinos, Postdienst — alles funktionierte normal; nur die Taxis fuhren seltener als gewöhnlich (20 % Streikende). Die Banken, die großen Geschäfte, die Schulen waren offen. Die Eisenbahnen fuhren in ganz Frankreich. Übrigens veröffentlichten die C. G. T., ein Fiasko voraussehend, die Streikbefehle zu wiederholten Malen im Laufe des Tages. Doch nur zwei Städte zeichneten sich durch eine wirkliche Revolutionsbewegung aus: Toulouse und vor allem Clermont-Ferrand.

Damit war bewiesen, daß Frankreich die unfruchtbaren, von keinen beruflichen Ansprüchen diktierten Aufregungen satt war und daß es hinfort friedlich am finanziellen und wirtschaftlichen Wiederaufbau mitarbeiten wollte. Wie Daladier es ausdrückte: es handelte sich hier nicht um einen Sieg von Franzosen gegen Franzosen, sondern um einen Sieg des gesunden Menschenverstandes und der Vernunft.

Die Tage nach dem Streike brachten freilich noch manche Schwierigkeiten. Es handelte sich darum, mögliche Expansiven der Arbeitgeber gegenüber den Streikenden zu verhindern und dennoch den Anschein schwacher Autorität, sowohl der Regierung als der Arbeitgeberschaft, zu vermeiden. Im Besonderen ging es darum, die Schwere der Züchtigung nicht unter Schonung der Anstifter auf die Kleinen fallen zu lassen, und des weitern, die Wiederaufnahme der Arbeit in gewissen Fabriken zu beschleunigen. In Lille dauerte der Streik noch an; in Dieppe, in Boulogne verließen die Matrosen ihre Handelsschiffe und am 3. Dezember mußte in le Havre die „Normandie“ mangels Personal geräumt werden.

Die Regierung ergriff die weise Maßnahme, die Oberen zu züchtigen, indem sie Herrn Jouhaux und zwei anderen Funktionären der C. G. T. ihre ihnen von der Öffentlichkeit übertragenen Mandate, d. h. ihre Präbenden an der Bank von Frankreich und an der „Société nationale des chemins de fer“ entzog. Sie appellierte an die Seeleute des Staates, um das nicht zur Arbeit erschienene Personal

der *31e de France* in Le Havre zu erzeigen. Sie entließ die Funktionäre der Administration, welche trotz des Aufgebotes in Streik getreten waren, und ergriff Maßnahmen gegen die Funktionäre der öffentlichen oder konzessionierten Arbeiten, welche dem Aufgebot keine Folge geleistet hatten. Das Resultat dieser Festigkeit trat alsbald in Erscheinung: am 5. Dezember erklärte Herr Jouhaux sich im Comité Confédéral der C. G. T. „zu jeder Besprechung, die die jetzigen Konflikte beenden könnte“, bereit.

Die Energie, mit welcher die Regierung einen rein politischen, in keiner Weise die Merkmale der beruflichen Auflehnung tragenden Streik gebrochen hatte, brachte ihr die Zustimmung der Gemäßigten zu den Gesetzesdekreten und erlaubte ihr, auf diese Weise eine parlamentarische Mehrheit freizumachen und damit aufs neue den Zerfall der Volksfront zu bestätigen. Am 8. Dezember trat die Kammer wieder zusammen. Entgegen der Erwartung einer zahlreichen Menge enthielt sich in der ersten Sitzung der Präsident des Rats jeglicher Äußerung. Sozialisten und Kommunisten griffen mit schneidender Heftigkeit — die letzteren vor allem — die Politik der Regierung an. Die Gemäßigten richteten unter anderem an Herrn Daladier die Anfrage, ob er — gern oder ungern — ihre Unterstützung annehmen wolle; damit war die Majoritätsfrage deutlich aufgeworfen. Am nächsten Morgen fand die erwartete Intervention Daladiers statt. Er betonte mit Vehemenz, wie wichtig die Achtung vor dem Gesetz und vor dem demokratischen Regime sei, und wie groß die Notwendigkeit, keine Unordnung und keine Abenteuer zu dulden, wenn das Land stark, frei und glücklich sein wolle. „Die Regierung“, so erklärte er ohne Umschweife, „zieht es vor, heute Abend noch gestürzt zu werden, als in ziellosen Verhandlungen zu zerbröckeln, wie man dies schon zur Genüge erlebt hat und von welchen Methoden Frankreich bis zum Ekel gesättigt ist“.

Im Verlaufe der Nachtsitzung sprach die Kammer der Regierung mit 315 Stimmen gegen 241 ihr Vertrauen aus, mit der ungefähr gleichen Mehrheit also, wie sie sie zur Bewilligung der Vollmachten erlangt hatte. Sozialisten und Kommunisten hatten natürlich dagegen gestimmt, während das Zentrum und die Rechte ihre Stimmen dafür abgaben; unter den Radikalen stimmten 81 für, 3 gegen die Regierung, und 25 enthielten sich. Von den Linken, die zwischen den Radikalen und den Sozialisten stehen, gaben 12 ihre Stimme für die Regierung ab, 9 verweigerten sie ihr und 24 enthielten sich. Die Radikalen hatten die Verantwortung, eine Regierung zu stürzen, deren Oberhaupt ihr eigener Präsident war, nicht auf sich laden wollen, besonders da die Frage der Nachfolge äußerst heikel zu werden versprach und der gewählte Nachfolger keinesfalls andere finanzielle Richtlinien befolgen konnte als der bisherige Vorsitzende.

* * *

Seit einem Monat war die diplomatische Tätigkeit äußerst rege — und darunter verstehen wir neben anderem auch ein Element, das seit dem Kriege in Erscheinung trat, nämlich die Begegnungen der Außenminister. Man bedenke: am 19. November übergibt Herr François Poncet S. M. dem König-Kaiser seine Beglaubigungsschreiben; am 23. und 24. November sind Herr Chamberlain und Lord Halifax in Paris, und am 6. Dezember endlich begibt sich Herr von Ribbentrop seinerseits nach der französischen Hauptstadt, um hier ein Abkommen auf gute Nachbarschaft zu unterzeichnen.

Die Gegenwart eines Vertreters der französischen Republik in Rom schien die Wiederaufnahme normaler Beziehungen zwischen den beiden lateinischen Ländern anzukünden; man hatte allerdings das geringe Entgegenkommen seitens Montecitorio, unseren Gesandten offiziell zu empfangen, bemerkt. Er mußte warten, bis Lord Berth seine neuen Beglaubigungsschreiben überreicht hatte, durch welche der Hof von Saint-James die neue Titulatur Viktor Emmanuels III. anerkannte. Italien wollte scheinbar seine Vorliebe für London kundtun und Paris vernach-

lässigen. Es suchte durch absichtliche Kälte die Regelung der spanischen Frage nach seinen eigenen Gesichtspunkten zu erreichen, das heißt die unmittelbare Anerkennung Francos, und hoffte dabei auf Englands Unterstützung. Am Tage, an welchem in Frankreich der Generalstreik ausbrach, ereignete sich in der italienischen Kammer ein noch nicht dagewesenes Vorkommnis: die Deputierten nahmen eine Erklärung Cianos mit den Rufen: „Korsika, Tunis, Dschibuti“ auf.

Die italienischen Ansprüche auf französische Gebiete sind sicherlich nicht neu, aber sie waren bisher noch nie in offiziellem Rahmen zum Ausdruck gekommen. Es begleitete sie übrigens eine unerhört kühne Offensive der dortigen Presse: Herr Gayda, der bekannte Journalist, ging so weit, im „Giornale d'Italia“ wortwörtlich zu schreiben: „Italien ist bereit, gegen Frankreich zu ziehen“.

Wenn man in Rom glaubt, daß unser Land ein neues zur Aufteilung reifes Polen ist, so irrt man sich gründlich. Ganz Frankreich reagierte unverzüglich: Proteste, Loyalitätskundgebungen in Korsika und in Tunesien. Über diesen Punkt waren sich alle Parteien, Bonapartisten, Kommunisten, Royalisten inbegriffen, einig. Die unglaubliche Szene, die in der italienischen Kammer stattgefunden hatte, brachte Frankreichs *union sacrée* zum Ausdruck und erwies Herrn Daladier einen ausgezeichneten Dienst, der übrigens sofort seine Absicht, zu Anfang 1939 Korsika zu besuchen, verkündete.

Wie ist das italienische Manöver zu erklären? Glaubte Rom so sicher das Gelingen des Generalstreiks vorausagen zu können, daß es den Moment zum Eingreifen schon gekommen sah und nun seinerseits etwas von den Westmächten erreichen wollte? Wollte es den Erfolg des Besuches Herrn von Ribbentrops in Paris kompromittieren (andererseits scheint ja Deutschland die italienischen Ansprüche zu unterstützen!)? Trachtete es danach, durch Höchstforderungen seine Ansprüche von Suez (Mitwirkung in der Verwaltung des Kanals) und von Dschibuti (Übernahme der französischen Eisenbahn Dschibuti-Addis-Ababa) auszudrücken? Alle diese Fragen wird erst die Zukunft beantworten können. Eins aber ist sicher, nämlich daß Frankreich zwar zugunsten der Tschechoslowakei nicht in einen Krieg zu ziehen gewillt war, daß aber alle Franzosen wie ein Mann zur Verteidigung des vaterländischen Besitzes marschieren würden.

Die Achse Paris-London hat sich durch die Besprechungen, die am 23. und 24. November in Paris zwischen den französischen und englischen Ministerpräsidenten und Ministern des Äußern stattfanden, noch befestigt. Es fehlte den vier Staatsmännern wahrlich nicht an Gesprächsstoff: Spanien, das Mittelmeer, China, Zentraleuropa. Sie scheinen sich über die folgenden Punkte geeinigt zu haben: Aufrechterhaltung der Fühlung zwischen dem französischen und dem britischen Generalstab, nicht unmittelbare Anerkennung der Regierung Franco. Aber ein Schatten sollte bald hernach das gute Einverständnis verdunkeln: auf eine am 12. Dezember im Unterhaus gestellte Anfrage über die Verpflichtungen Englands gegenüber Frankreich im Falle eines Angriffes auf Tunis antwortete Herr Chamberlain, daß England keinen eindeutigen Vertrag unterzeichnet habe, der es unter solchen Umständen zu militärischer Hilfeleistung an Frankreich verpflichtete. Allerdings hat der Premier am nächsten Tage anläßlich eines durch die ausländische Presse organisierten Banketts erklärt: „Tatsächlich sind unsere Beziehungen zu Frankreich so eng, daß sie über einfache juristische Verpflichtungen hinausgehen: denn sie sind auf Gleichheit unserer Interessen gegründet“. Diese im damaligen Momente äußerst zweckmäßige Erklärung löste denn auch einen ungeheuren Beifallsturm aus. Man weiß, daß die deutsche Botschaft und die in London akkreditierten Journalisten des Reichs im letzten Augenblicke ihre Teilnahme am Bankett abgejagt hatten.

Herr Chamberlain hat seine auf den Januar angelegte Reise nach Rom nicht abgesetzt. Er verfolgt die Münchner Politik der Annäherung der beiden Achsen, aber man fragt sich manchmal, in Erinnerung an Briand und seine Politik in Locarno, ob er sich nicht über den Wert der unternommenen Anstrengungen täuscht. Man kann die pessimistischen Erklärungen Herrn Pirows, des südafrikanischen Verteidigungsministers, nicht vergessen. Werden Frankreich und England immer noch nachgeben, wenn Deutschland die Rückgabe seiner alten Kolonien verlangt? Und wenn Italien, das doch nach der Eroberung Äthiopiens versichert hatte, daß es in Bezug auf Kolonien eine „gesättigte Macht“ sei, seinerseits mit neuen Forderungen auftritt, — wird dann der Münchner Geist Frankreich und England zu neuen Verzichtleistungen bewegen? Man kann in Paris der Zukunft nicht ohne Beunruhigung entgegensehen.

Auch darf man nicht glauben, daß Herrn von Ribbentrops Besuch die Luft wirklich gereinigt hätte. Gewiß dürfen wir uns dazu gratulieren, daß unser gefährlicher Nachbar eine Erklärung unterschrieben hat, nach welcher „friedliche und freundschaftliche Beziehungen“ zu beiden Seiten des Rheines herrschen sollen und „die Grenze zwischen den beiden Ländern feierlich als definitiv anerkannt wird“; man kann sich darüber freuen, daß spätere Zusammenkünfte und Besprechungen vorgeesehen wurden und daß bereits Unterhandlungen für den Abschluß eines Handelsvertrages im Gang sind. Die französische Regierung hat dem Abgesandten des Reichs einen außerordentlich höflichen Empfang bereitet, und das Verhalten der Pariser Bevölkerung wich von vollkommenstem Takt nicht ab. Aber es sind seit dem Kriege schon so viele Abkommen unterzeichnet worden, daß man skeptisch geworden ist; man beobachtet außerdem das Toben Roms gegen Paris und Berlins gegen London, und man fragt sich, ob das ein abgekartetes Spiel zur Entzweigung von Paris und London sein könnte. Der Besuch von Ribbentrop's lag zwar in der Münchner Linie, und die französisch-deutsche Erklärung erinnerte an die englisch-deutsche Erklärung von München. Trotz alledem bleibt ein Unbehagen bestehen, das die Expansionsbewegung Deutschlands nach Osten zu nur noch vergrößert.

Es handelt sich vorerst um Memel. Die Botschafter Englands und Frankreichs haben allerdings in der Wilhelmstraße vorgesprochen, um dort daran zu erinnern, daß ihre respektiven Regierungen keineswegs dem Statut von Memel ihr Interesse entzogen hätten, für welches sie mit Italien und Japan einst garantiert haben — meines bescheidenen Erachtens nach ein rein platonischer Protest, der besser unterblieben wäre, denn weder Frankreich noch England sind wohl geneigt, für Memel einen Krieg zu führen, und die Annexion dieser größtenteils deutschen Stadt durch Deutschland läßt sich nicht vermeiden. Nach Memel kommt jedoch Danzig an die Reihe, und der Präzedenzfall der Tschechoslowakei sollte Polen veranlassen, sich rechtzeitig mit dem Reich zu verständigen.

Polen aber dreht Deutschland augenblicklich just den Rücken und nähert sich Moskau. Es handelt sich für Polen in der Tat um eine ernste Frage, die sich früher oder später einmal stellen mußte: die Frage der Ukraine. Die Ukrainer leben in drei Staaten zerstreut, in der Tschechoslowakei, der Sowjetunion und in Polen selber. Die ukrainischen Landschaften von Rußland besitzen fruchtbare Getreidegegenden und reiche Petrolfelder; genug, um Deutschland zu locken. Durch den slowakischen und ruthenischen (d. h. ukrainischen) Korridor der Tschechoslowakei, welche Nation hinfert Berlin lehenspflichtig ist, sucht das Reich diese Gegenden zu erreichen; die Balkanländer überläßt es dem italienischen Einfluß (? Schriftleitung). In der russischen Ukraine besitzt es übrigens bedeutende und blühende Kolonien. Nur was Polen betrifft — das sich seinerzeit mit Deutschland zu einer gemeinsamen Aktion gegen den russischen Südosten hätte vereinigen sollen — könnten Ungarn und Rumänien sich einer solchen Expansion

entgegensetzen; aber ihre Kräfte, auch wenn sie sie zusammentun, könnten dem großen Reich nicht standhalten.

Die Hoffnungen auf eine europäische Stabilität, die München erweckt hatte, sind in Frage gestellt. Im Mittelmeer wie in Osteuropa arbeitet neuer Ehrgeiz, und neue Konflikte zeichnen sich am Horizonte ab. Es gibt hier Leute, die sich mit Bangigkeit fragen, ob der Krieg, dem wir Ende September entgangen zu sein schienen, nicht im nächsten Frühling unvermeidlich wird, wie es Herr Pirow vorausgesagt hat.

Ungern schließe ich meinen Bericht mit dieser pessimistischen Betrachtung ab. Aber wir leben in einem eisernen Zeitalter, und es ist besser, auf das Schlimmste gefaßt zu sein — man könnte sich darin immer noch getäuscht haben — als sich von den Ereignissen überraschen zu lassen.

Paris, den 16. Dezember 1938.

A. D. Tolédano.

Kultur- und Zeitfragen

Drei Schweizer Uraufführungen.

Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß seit einigen Jahren unsere Berufs Bühnen den einheimischen Theaterdichtern zugänglicher sind als früher. Vielen Theaterbesuchern scheint zwar der Prozentsatz der gespielten schweizerischen Werke immer noch zu klein. Auf dieses Problem — überhaupt auf die Frage der Berufstheater in der Schweiz wird in einem hier später erscheinenden Aufsatz eingegangen. Jetzt soll lediglich über drei Werke schweizerischer Autoren berichtet werden, die in der ersten Hälfte der Spielzeit bei uns zur Uraufführung kamen, und ein Bild geben vom gegenwärtigen Bühnenschrifttum in der Schweiz.

Nicht so sehr die „Technik“, das dramatische Können wird Gegenstand dieser Besprechung sein, als vielmehr der Gehalt, die Wirkung, welche diese Stücke besitzen oder ausüben möchten.

Robert Faesi will in seinem „Magier“, einer „Schicksalskomödie“, wie er das Stück selbst betitelt, durch den „Gegensatz von dunkler Nacht und Nacht zum hellen Tageslicht“ das Lächerliche und Tragische gewisser Gesellschaftskreise aufzeigen, die gläubig und ungläubig zugleich sich mit irrationalen Fragen abgeben und dabei der Astrologie und dem Spiritismus verfallen. Der im Mittelpunkt des Spiels stehende Magier, „eine Mischung von Weltmann, Abenteuerer und Faust“, hält in einem Hotel an der Riviera eine bunt zusammengewürfelte Gesellschaft in Atem, bis das von ihm raffiniert errichtete Wahngedäude und der Glaube an seine Fähigkeiten jäh zusammenbrechen. Aber in der Person einer exotischen Fürstin, die im letzten Augenblick erscheint, findet der Magier wenigstens teilweise noch Rettung. Die Hauptfigur bleibt so im Recht, ohne sich vom Unrecht reingewaschen zu haben. — Faesi selber scheint die „seelischen Mächte“, die er darstellt, in ihren negativen Wirkungen nicht sehr ernst zu nehmen. Auch ist der eigene Standpunkt des Dichters nie klar oder überzeugend faßbar. Deshalb verbaut er sich oft trotz klug gebauter Dialoge den Weg zur echten Komödie, die ihrem Wesen nach immer ernst bleibt, und gleitet manchmal ins Possenhafte ab oder in fast reinen Naturalismus (etwa, wenn er eine spiritistische Séance breit auf die Bühne bringt). Das Stück ist neben dieser prinzipiellen Feststellung doch der Aufführung wert. Vor allem, weil es menschlich gut gemeint ist. Und schließlich kommt in ihm eine Haltung zum Ausdruck, die uns erneut zum Bewußtsein bringt, daß wir aus der Not der Zeit an der e, dringlichere Fragen an das Dasein zu stellen haben, und daß es heute gilt, weltanschaulich und politisch eindeutiger Stellung zu beziehen als früher: